

Neudruck

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Endlich Hilfe für Alt- und Neuanschließer nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ermöglichen

Auf die Kleine Anfrage Nr. 2017 der Abgeordneten Iris Schülzke (Drucksache 6/4843), zum Thema „Hilfen für Altanschließer - Wie ist der Arbeitsstand in den Verbänden? - Wer darf auf finanzielle Unterstützung durch das Land hoffen?“ wurde von der Landesregierung mit Drucksache 6/5012 auf alle Fragen kumulativ wie folgt geantwortet:

„Zu den Fragen 1 bis 10: Mangels gesetzlicher Regelungen bestehen im Land Brandenburg keine Instrumente, um im Zusammenhang mit der durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 entstandenen Situation (Finanzierung von Beitragsrückzahlungen, abgabenrechtlicher Nebenleistungen und Verwaltungskosten im Zusammenhang mit Rückzahlungsanträgen) Wasserver- oder Abwasserentsorgungszweckverbänden unmittelbar finanzielle Hilfeleistungen zu gewähren. Auch und insbesondere durch § 16 BbgFAG sind nach derzeitiger Rechtslage keine unmittelbaren Hilfen an die Zweckverbände möglich. Zum Ausgleich besonderen Bedarfs waren die Mittel des Ausgleichsfonds nach § 16 Abs. 1 Satz 4 BbgFAG nur in den Jahren 2013 bis 2015 auch für Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung bestimmt; im Übrigen wendet sich der Ausgleichsfonds ausschließlich an die Gemeinden und Landkreise. Zweckverbände sind daher seit 1. Januar 2016 für diese Mittel nicht mehr antragsberechtigt. Darüber hinaus sieht § 16 Abs. 1 Satz 5 und 6 BbgFAG zwar vor, dass den Aufgabenträgern der Wasserver- und Abwasserentsorgung - im Rahmen des 2016 planmäßig abzuschließenden Schuldenmanagementfonds - noch bis zu 11 Mio. EUR aus den Haushaltsmitteln für 2016 gewährt werden können. Nach dieser Vorschrift dürfen diese Mittel jedoch ausschließlich für schon laufende Maßnahmen ausgereicht werden, die im Rahmen des Ausgleichs besonderen Bedarfs bis Ende 2015 nicht abgeschlossen werden konnten. Bearbeitung und Bescheidung von Neuanträgen für die nunmehr durch die Rechtsprechungsänderung entstandene Situation sind also im Rahmen des Schuldenmanagementfonds nicht mehr möglich. Mitgliedsgemeinden von Zweckverbänden könnten jedoch grundsätzlich Anträge auf Mittel aus dem Ausgleichsfonds stellen, wenn sie sich in einer Haushaltsnotlage befinden bzw. in eine solche geraten sind. Anträge, die in einem Zusammenhang mit Verbandsumlageforderungen der Zweckverbände zum Ausgleich eines Finanzbedarfes durch die veränderte Rechtsprechung zum Anschlussbeitragsrecht stehen, sind der Landesregierung bislang jedoch nicht bekannt.“

Hiernach erscheint es geboten, die Bestimmungen des § 16 BbgFAG derart anzupassen, dass eine Rechtsgrundlage für die Unterstützung auch der Zweckverbände auch zum jetzigen Zeitpunkt möglich wird. Das BbgFAG ist nämlich erst am 16.03.2016 so geändert worden, dass es keine Zahlungen mehr an Wasserver- oder Abwasserentsorgungszweckverbände geben kann. Daraus ergibt sich die nachfolgende Notwendigkeit:

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Änderung des Gesetzes über den allgemeinen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Brandenburg (BbgFAG) zu erarbeiten und bis zum 31.10.2016 vorzulegen. Das Änderungsgesetz soll folgende Punkte beinhalten:

- Änderung des § 16 BbgFAG dahingehend, dass auch Wasserver- oder Abwasserentsorgungszweckverbände unmittelbar finanzielle Hilfeleistungen beantragen und gewährt bekommen können,
- Aufhebung der zeitlichen Beschränkungen in § 16 Abs. 1 S. 4ff. vom Jahr 2013-2015 bis mindestens zum Jahr 2019 hin,
- Erhöhung der in den Ausgleichsfonds einzustellenden Mittel auf eine Summe, die die Deckung aller durch die Aufgabenträger aufgrund der Rückzahlungsverpflichtung von Kanalanschlussbeiträgen aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (1 BvR 2961/14 und 1 BvR 3051/14) zu tätigen Zahlungen einschließlich der Kosten der Bearbeitung der Anträge und Rechtsverfolgung sicherstellt, wobei zu beachten ist, dass die so zu gewährenden Zuschüsse nicht zu einer Schwächung der kommunalen Verbundmasse führen dürfen,
- Sicherstellung der haushaltsrechtlichen Absicherung und Darstellung im Haushalt 2017/2018.

Begründung:

Die Erhebung der so genannten Altanschließerbeiträge geht auf gesetzgeberische Fehler des Landtages zurück, die von einem ganzen Bataillon von Rundschreiben und Runderlassen des Innenministeriums flankiert wurden. Zu jeder Zeit hat die Landesregierung die Notwendigkeit der Beitreibung der verfassungswidrigen Abgaben betont und befeuert. Nicht zuletzt haben auch die Kommunalaufsichten der Landkreise - die als allgemeine untere Landesbehörde tätig werden - oft genug die Umstellung auf Gebührenmodelle verhindert. Angesichts dieser Faktenlage von einem ausschließlichen Handeln der Kommunen zu sprechen, ist staatsorganisatorisch unhaltbar.

Hieran ändert auch die Ankündigung nichts, notleidenden Kommunen unter die Arme zu greifen. Denn vorliegend geht es nicht um Almosen an Hilfesuchende, sondern um die rechtsstaatliche Verpflichtung, für verfassungswidriges Handeln geradezustehen. Hierzu muss sich die Landesregierung bekennen.

Dieser Antrag soll den Bürgern endlich Gerechtigkeit widerfahren lassen und der neuen Lage nach dem Beschluss des BVerfG angemessen Rechnung tragen. Um also der Landesregierung den nach ihrer Aussage in o. g. Antwort fehlenden Rechtsrahmen zur Erstattung der Rückzahlungen an die Wasserver- oder Abwasserentsorgungszweckverbänden zu eröffnen, ist es der einfachste Weg, die Beschränkungen des § 16 BbgFAG zu lockern.

Dies ist zudem auch erforderlich, da der Parlamentarische Beratungsdienst in seinem Gutachten „Die Finanzierung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Brandenburg nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015, Teil I: Kommunalrechtliche Fragen“ vom 06.09.2016 ausführt:

„Mittel aus dem Ausgleichsfonds nach § 16 Abs. 1 Satz 4 und 5 BbgFAG für obligatorische Rückzahlungen oder zum Ausgleich von Deckungslücken stehen für die Zweckverbände als Aufgabenträger seit 2016 nicht mehr zur Verfügung, sofern es sich nicht um die Finanzierung bereits begonnener Maßnahmen handelt. Für die Gemeinden als Aufgabenträger oder als Verbandsmitglieder stehen Mittel nach § 16 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BbgFAG gemäß der Zuwendungsrichtlinie von 2001 im Bereich der Abwasserentsorgung ebenfalls nicht zur Verfügung.“ Und weiter: *„Das Land kann die Zuwendung auch von der Finanzsituation des Aufgabenträgers abhängig machen. In diesem Fall kommt eine Ergänzung des Instrumentariums des § 16 BbgFAG in Betracht.“*

Die unmissverständlichen Ausführungen des Parlamentarischen Beratungsdienstes lassen erkennen, dass eine Änderung des BbgFAG ein gangbarer und vergleichsweise schneller Weg ist. Die o. g. Antwort der Landesregierung bestätigt diesen Befund.

Da die Änderung des BbgFAG mit nicht unerheblichen haushaltsrechtlichen Auswirkungen einhergeht, soll auf diesem Wege keine Gesetzesänderung vorgeschlagen sondern der Landesregierung ein Monat Zeit zur auch haushaltsrechtlichen Absicherung der Rückzahlung bzw. Kostenübernahme gegeben werden.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe